

Der Botschaftsangehörige Diplomvolkswirt Edgar Plan suchte am 12. März 1962 Mr. Richard David Vine, "Personal Assistant" von Unterstaatssekretär George Ball, auf, um auch mit diesem ein Gespräch über die Haltung der USA zur Frage der EWG-Assoziierung der Neutralen zu führen.

Mr. Vine ist ein enger Mitarbeiter Unterstaatssekretär Balls und bei dessen Besprechungen über diese Fragen fast immer zugegen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass er das besondere Vertrauen Mr. Balls genießt und wahrscheinlich auch von diesem zu der Art und Weise, in welcher er sich dem Botschaftsangehörigen gegenüber ausserte, ermächtigt worden ist.

Der Botschaftsangehörige erklärte bei der Unterhaltung einleitend, dass die Botschaft aus einer Reihe von Unterredungen mit Unterstaatssekretär Ball, Mr. Schmetzel, Mr. Peterson vom Weissen Haus und anderen die Haltung der amerikanischen Regierung zu dieser Frage kenne. Angesichts der besonderen Bedeutung dieses Problems für Österreich würde sie aber jede Gelegenheit begrüßen, eine authentische und direkte Darstellung seitens des State Department zu erhalten. Er deutete bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, dass verschiedenen Informationen zufolge seitens des State Department kürzlich eine Sprachregelung zur Frage der EWG-Assoziierung der Neutralen an die amerikanischen Vertretungsbehörden im Ausland ergangen sei.

Mr. Vine erwiderte, dass er persönlich immer gerne bereit sei, Aufklärungen über die Haltung des State Department zu diesen Problemen zu geben und dass er der Botschaft jederzeit zur Verfügung stehe. Was die erwähnte angebliche Sprachregelung anlange, so handle es sich hierbei um eine zwischen den amerikanischen und englischen Gesprächspartnern abgestimmte zusammenfassende Darstellung der im



- 2 -

Jänner d.J. stattgefundenen Gespräche zwischen Lordsigelbewahrer Edward Heath und Unterstaatssekretär George Ball. Mr. Vine führte aus, dass diese Unterredungen höchst vertraulicher Natur gewesen seien und sowohl von amerikanischer wie von englischer Seite als solche aufgefasst worden waren. Es sei daher bedauerlich gewesen, dass gewisse, noch dazu zum Teil unrichtige, Informationen über diese Unterredungen von dritter Seite über die Presse in die Öffentlichkeit gebracht wurden. Die amerikanischen wie die englischen Gesprächspartner hätten nach Abschluss der Gespräche ein Protokoll hierüber verfasst. Bei einem Vergleich der beiden Dokumente wären gewisse Diskrepanzen festzustellen gewesen, weshalb hierauf in Zusammenarbeit zwischen den britischen und amerikanischen Stellen eine Neufassung dieses Protokolls ausgearbeitet wurde. Das Protokoll enthält tatsächlich die im Bezugserlass angegebenen Punkte. Mr. Vine las dem Botschaftsangehörigen die wichtigsten Stellen vor, erklärte aber, dass er das Dokument, welches als streng geheim angesehen werde, nicht aus der Hand geben könne. Auf Grund der von Mr. Vine zur Verfügung gestellten Informationen dürfen die folgenden zusätzlichen Angaben über dieses Protokoll gemacht werden:

1.) Die Vereinigten Staaten sind sich der Bedeutung des handelspolitischen Problems für die Neutralen voll bewusst und bringen deren Bestreben, eine Lösung zu finden, welche den berechtigten Bedürfnissen ("legitimate needs") der drei Neutralen Rechnung trägt, Sympathie entgegen.

2.) Die Assoziation der neutralen Staaten mit der EWG ist nicht die einzige mögliche Lösung und der Ansicht der amerikanischen Regierung zufolge auch nicht die beste oder die erstrebenswerte Lösung ("not a desirable solution"). Der Grund hierfür ist ein dreifacher.

Der Ansicht der amerikanischen Regierung zufolge würde die Assoziation der drei neutralen Staaten mit der EWG nämlich

- a) die Wirksamkeit der EWG beeinträchtigen (it would tend to impair the effectiveness of the EEC);
- b) einen Präzedenzfall

- 3 -

für andere dritte Länder schaffen, und

c) die Gefahr einer

völligen Isolierung Finnlands mit sich bringen.

3.) Bei den neutralen Staaten bestand bisher die Tendenz, eine Assoziierung mit der EWG als die einzige für diese Länder mögliche Lösung zu bezeichnen. Dies hat dazu geführt, dass von diesen Ländern andere mögliche Lösungen nicht ins Auge gefasst worden sind und man Alternativmöglichkeiten deshalb auch kaum studiert und in Erwägung gezogen hätte. Der Meinung des State Department zufolge stellt sich für die Neutralen die Frage in erster Linie als ein handelspolitisches Problem und sollte daher auch zunächst in diesem Zusammenhang betrachtet werden ("it is preeminently a problem of free flow of trade and should be considered in this context"). Die von Präsident Kennedy dem Kongress unterbreiteten Vorschläge auf Neufassung des Aussenhandelsgesetzes (Trade Expansion Act) und die damit beabsichtigte möglichst weitgehende Reduzierung der Zölle auf GATT-weitern Ebene sind geeignet, auch für die neutralen Länder einen Grossteil der Diskriminierung zu beseitigen.

4.) Amerikanische Stellungnahme betreffend die GATT-konforme Assoziierung der drei Neutralen mit der EWG.

Die englischen Gesprächspartner vermerkten in ihrem Protokoll, dass in den Unterredungen Ball - Heath die Frage einer GATT-konformen Assoziation zwischen den drei Neutralen und der EWG angeschnitten worden sei. Laut der englischen Version des Protokolls wurde von amerikanischer Seite die Möglichkeit zugestanden, dass die drei Neutralen eine Assoziationslösung erreichen könnten, welche den Bestimmungen des Artikels XXIV, 5) der GATT-Statuten entspricht.

In einem persönlichen Schreiben an Mr. Heath, welches dem Botschaftsangehörigen vorgelesen wurde, führte aber Mr. Ball dann aus, dass in den im Jänner stattgefundenen Unterredungen über diese Frage er einen weiteren Einwand gemacht hätte, welcher in der

./.

englischen Version des Protokolls zunächst nicht Eingang gefunden hätte. Mr. Ball habe wohl konzedierte, dass vom streng juristischen Standpunkt aus eine GATT-konforme Assoziation möglich sei. Dies bedeute aber keineswegs, dass eine solche Lösung politisch wünschenswert ist. Mr. Vine fügte zu diesem Punkt hinzu: "Viele Dinge sind rechtlich zwar nicht verboten, von einem anderen Standpunkt aus aber abzulehnen."

Mr. Ball führte in seinem Schreiben an Mr. Heath weiter aus, dass auch eine GATT-konforme Assoziation der Neutralen schwere Nachteile mit sich bringen würde. Die Vereinigten Staaten müssten sich deshalb das Recht vorbehalten, einen jeden derartigen Lösungsversuch vom Standpunkt der allgemeinen internationalen Politik aus zu betrachten und falls es die eigenen nationalen Interessen der Vereinigten Staaten erfordern, sich gegen eine derartige Lösung auszusprechen.

Laut Mr. Vine gibt die obige Zusammenfassung die wichtigsten Punkte des nunmehr zwischen den englischen und amerikanischen Gesprächspartnern abgestimmten Protokolls über die Unterredungen zwischen Lordsigelbewahrer Heath und Unterstaatssekretär Ball wieder. Mr. Vine fügte betont scharf hinzu, dass er diese Informationen, wie alle anderen Äusserungen im Vertrauen darauf gebe, dass sie streng vertraulich gehalten werden. Er erklärte wörtlich: "Sie können Ihrer Regierung sagen, dass wenn morgen oder übermorgen über unsere Gespräche etwas in der österreichischen Presse zu finden ist, dies das letzte Mal war, dass wir der österreichischen Botschaft irgendwelche vertrauliche Auskünfte haben zukommen lassen." Der Botschaftsangehörige versicherte Mr. Vine, dass man die Bereitschaft des State Department zur Weitergabe vertraulicher Mitteilungen zu schätzen wisse und dass alle Vorsorge getroffen werden würde, um derartige Gespräche geheim zu halten.

Mr. Vine erklärte hierauf, dass er die Gelegenheit gerne benutzen möchte, um eine Reihe zusätzlicher Kommentare zur Haltung des State Department zu geben, welche vielleicht geeignet sein könnten, gewisse in Österreich bestehende Missverständnisse aufzuklären. Zunächst möchte er mit aller Deutlichkeit feststellen, dass Mr. Ball

- 5 -

über die gegen ihn in der österreichischen Presse erschienenen Angriffe und Anschuldigungen sehr erbittert war, da er insbesondere für die österreichischen Probleme stets besondere Sympathie bekunde und es als seine Aufgabe ansehe, Österreich bei der Ausfindigmachung einer seinen legitimen Interessen Rechnung tragenden Lösung behilflich zu sein. Besonderes Ärgernis hätten die Versuche erregt, eine Divergenz der Anschauungen zwischen verschiedenen Angehörigen der Kennedy-Regierung zu konstruieren und Spekulationen darüber anzustellen, dass zwischen Präsident Kennedy einerseits und Mr. Ball andererseits Meinungsverschiedenheiten betreffend der Haltung gegenüber den Neutralen beständen. Mr. Vine erklärte wörtlich: "In der Frage der europäischen Integration wie der amerikanischen Einstellung zu den Neutralen gibt es in der amerikanischen Regierung nur eine Meinung, die die volle Billigung des Präsidenten findet. Dies ist auch kein parteipolitisches Problem, da sowohl die republikanischen (insbesondere Mr. Dillon) wie die demokratischen Angehörigen der Regierung genau derselben Ansicht sind. Die amerikanische Politik in dieser Frage weist ausserdem eine langjährige Kontinuität auf und würde auch keine Änderung erfahren, wenn ein oder das andere Regierungsmitglied oder Beamter, sei er an höchster, sei er an niedrigster Stelle, ausgewechselt werden würde". Mr. Vine erklärte dann weiter, dass verschiedene der in Österreich erschienenen Pressemeldungen entweder auf einer ungenügenden und unkorrekten Information beruhen oder aber dass es sich um eine bewusste Irreführung handle. In beiden Fällen würden derartige tendenziöse Berichte Österreich einen schlechten Dienst leisten.

Mr. Vine zeigte sich auch darüber beunruhigt, dass so viel in der österreichischen wie auch vor allem in der Schweizer und schwedischen Presse über diese Angelegenheit zu lesen sei. Es handelt sich seiner Ansicht zufolge um ausserst schwierige technische Probleme, die es Aussenstehenden kaum ermöglichen, eine korrekte Beurteilung zu geben. Mr. Vine erklärte, dass man in Finnland relativ wenig über diese Fragen spreche und bewusst eine Polemik in der Presse

./.

- 6 -

vermeide. "Österreich sollte sich in dieser Hinsicht Finnland zum Beispiel nehmen." Der Botschaftsangehörige erklärte hiezu, dass die ganze Frage der Assoziation mit der EWG das Kernproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik darstelle. Er wies auf den 20 % betragenden Anteil der Exporte am österreichischen Nationalprodukt hin, wie auf die Tatsache, dass zur Zeit über die Hälfte der österreichischen Exporte an die Länder der EWG gehen und sich dieser Prozentsatz im Falle der Mitgliedschaft Grossbritanniens und anderer Länder natürlich noch erhöhen würde. Für die österreichische Wirtschaft handelte es sich daher tatsächlich um ein sehr schwerwiegendes und weitreichendes Problem und es sei daher nur natürlich, dass in einer demokratischen Presse diese Kernfrage von verschiedenen Seiten beleuchtet werde. Mr. Vine entgegnete, dass er mit seinen Äusserungen nicht sagen wollte, man möge der österreichischen Presse sozusagen den Mund zustopfen, sondern das State Department hoffe lediglich, dass bewusste Irreführungen über die Einstellung der amerikanischen Regierung in dieser Frage tunlichst vermieden werden.

Mr. Vine kam dann auf den in der NEW YORK TIMES vom 2. März 1962 unter der Überschrift "Economy of Neutrals" erschienenen Lederbrief von Professor Friedrich Hayek von der Universität Chicago zu sprechen. Er wählte hiebei Worte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liessen. Er bezeichnete Professor Hayek's Einstellung mehrmals mit dem Wort "scurrilous" (Übersetzt: gemein, niedrig, zotig; Definition in Webster's Dictionary: "Using, or given to using, the language of low buffoonery; Containing low indecency or abuse; coarsely opprobrious; obscenely jocular"). Mr. Ball sei über den ganzen Artikel, sowie besonders über die im 1. Paragraph erwähnte Anspielung auf ihn, in welchem seine Einstellungen als "beinahe unglaublich kurzsichtig" bezeichnet werden, sehr erbost gewesen. Mr. Vine fragte, wie ein normal denkender Mensch derartige Briefe schreiben und hiebei glauben könne, weiter ernst genommen zu werden.

./.

- 7 -

Er bezeichnete die Anspielung, dass die Vereinigten Staaten durch ihre Haltung gegenüber den Neutralen dem Kommunismus gewissermassen Zubringerdienst leisten, als "grotesk, blödsinnig (idiotic) und gemein". Die Botschaft erlaubt sich am Rande zu bemerken, dass in keiner bisherigen Unterredung mit einem Beamten des State Department je ähnliche Ausdrücke verwendet worden sind. Auf die Frage Mr. Vine's ob dieser Artikel von österreichischer Seite angeregt und inspiriert worden sei, erwiderte der Botschaftsangehörige, hievon das erste Mal aus der NEW YORK TIMES vom 2. März 1962 Kenntnis erhalten zu haben.

Mr. Vine erklärte dann weiter, dass auch in anderen Ländern Zeitungsaufsätze erscheinen, welche die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten unrichtig wiedergeben. "Schweden ist in dieser Beziehung nur um wenig besser als Österreich." Den besonderen Unwillen Mr. Vine's hat anscheinend auch ein in der ZÜRCHER ZEITUNG vom 21. Februar 1962 auf der 1. Seite erschienener Artikel über die Probleme der wirtschaftlichen Integration und die EWG erregt. Die Botschaft hat von diesem Artikel keine Kenntnis und es konnte dessen Grundtendenz aus einer Reihe von Mr. Vine herausgegriffener Sätze nicht erkannt werden. Nach dieser geraume Zeit andauernden und mit verschiedensten Invektiven gewürzten Klagen des Vertreters des State Department über die unfreundliche Behandlung Mr. Ball's und des State Department in der europäischen Presse erklärte der Botschaftsangehörige, dass es vielleicht ein Fehler sei, alle diesbezüglichen Äusserungen auf die Goldwaage zu legen. Es könne doch niemand ernstlich annehmen, dass eine international so angesehene und liberale Zeitung wie die NEUE ZÜRCHER ZEITUNG bewusst irreführende und entstellende Betrachtungen über die amerikanische Aussenpolitik anstelle. Der Botschaftsangehörige führte weiter aus, dass Österreich und die anderen neutralen Länder bestrebt seien, eine Lösung mit der EWG zu finden, welche keinesfalls die Erzielung einer vollkommenen wirtschaftlichen und später vielleicht politischen Gemeinschaft der EWG-Mitglieder in

./.

Frage stellt. Er verwies dann auf die diesbezüglichen Erklärungen österreichischer Regierungsmitglieder, wonach Österreich bereit sei, auch eine Reihe von Verpflichtungen und Lasten in Kauf zu nehmen. Österreich wolle sich keineswegs nur die Rosinen aus dem Kuchen heraussuchen, wie dies manchmal impliziert werde. Österreich wolle vielmehr eine enge Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet mit der EWG, welche eben so weit gehen solle, als diese mit dem Status Österreichs als permanent neutrales Land vereinbar ist.

Mr. Vine entgegnete hiezu, dass eben diese Einstellung von der er und das State Department in den letzten Wochen und Monaten in zunehmendem Masse gehört hätten, den grössten Stein des Anstosses für die Regierung der Vereinigten Staaten bilde. Er erklärte, nunmehr ganz offen - wie bisher noch zu keinem Vertreter eines der neutralen Staaten - sprechen zu wollen, wobei er aber erwarte, dass diese Äusserungen geheim bleiben und von Österreich auch nicht den anderen EFTA-Partnern zur Kenntnis gebracht werden. Mr. Ball und das State Department hätten sehr viel Sympathie für die österreichischen Probleme und stünden nach wie vor zu ihrer wiederholt abgegebenen Erklärung, dass sie, soweit dies mit der allgemein amerikanischen Politik in Einklang zu bringen ist, sich bemühen werden, eine für Österreich adäquate und seinen legitimen Interessen Rechnung tragende Lösung zu finden. Worüber das State Department am meisten beunruhigt sei, ist aber die bisher von Grossbritannien wie den Neutralen vertretene Ansicht, dass die drei Neutralen neben einem rein handelspolitischen Arrangement mit der EWG, welches vor allem eine Diskriminierung ihrer Exporte verhindern soll, auch noch eine Reihe weiterer - aber bei weitem nicht aller - Integrationsmassnahmen der EWG mitzumachen beabsichtigen. Dies würde zu den allerschwerwiegendsten Folgen führen. ("This causes the worst possible kind of world for us.") Es würde nämlich laut Ansicht Mr. Vine's dazu führen, dass in Zukunft sich alle Länder die ihnen passenden Bestimmungen des Vertrags von Rom

- 9 -

heraussuchen könnten und dann versuchen, in der einen oder anderen Form eine Assoziation mit der EWG zu finden. Bereits jetzt seien 10-20 Anwärter auf Assoziation vorhanden; diese Zahl könne sich in Zukunft noch vermehren. Wenn den Neutralen dann auch noch gewisse Ausnahmen gewährt werden würden, könnten mit ebenso oder mit noch mehr Recht die verschiedenen Mitglieder des British Commonwealth eine gesonderte Behandlung verlangen. Die amerikanische Regierung ist aber der Ansicht, dass sowohl England wie die Commonwealth-Staaten und alle anderen Anwärter auf Mitgliedschaft an der EWG sämtliche wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ziele der EWG uneingeschränkt anerkennen und verfolgen sollten. Mr. Vine legte besonderes Gewicht auf das Wort "militärische Ziele" und erklärte, dass die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, dass die EWG nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine militärische Einheit darstellen werde. Er fragte: "Wie können die Neutralen dann ihre Neutralität mit diesen militärischen Zielen der EWG in Einklang bringen?" Seiner Ansicht nach gibt es daher nur ein Entweder - Oder: d.h. entweder man verfolgt die Bestrebungen in Richtung auf eine vollkommene europäische politische Integration mit allen Konsequenzen weiter und trifft mit den neutralen Staaten nur ein handelspolitisches Arrangement; oder aber man lässt eine Assoziation der drei Neutralen zu und verwässert dadurch den ganzen Inhalt des EWG-Vertrages und stellt damit die Erreichung des von der amerikanischen Regierung als Hauptpunkt ihrer Aussenpolitik angesehenen Fernzieles - ein vollkommen geeintes Europa - in Frage. Mr. Vine erklärte wörtlich weiter: "Je mehr Sie in Österreich und die anderen Neutralen uns drängen ("press"), die Assoziation als einzige Lösungsmöglichkeit anzusehen, umso mehr wird sich unsere Haltung hiezu versteifen. Je weniger Sie uns drängen und vor allem je weniger Sie diese Probleme in die Öffentlichkeit bringen, auf eine umso kooperativere Haltung unsererseits können Sie rechnen".

./.

Mr. Vine zeigte sich ganz besonders darüber besorgt, dass die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den neutralen Staaten und der EWG zwecks Assoziation, wobei den Neutralen spezifische Zugeständnisse gemacht werden müssten, u.U. die Bereitschaft verschiedener Commonwealth-Länder Vollmitglieder zu werden, gefährden könnte. Die amerikanische Regierung betrachtete daher als ausserst wichtig, zunächst dieses Problem zu lösen. Sie befürchte, dass gleichzeitig laufende separate Verhandlungen mit Ländern, welche eine blosser Assoziation anstreben, eine Reihe von Commonwealth-Staaten auf den Gedanken bringen könnten, auch für sich diese beschränkte Lösung erreichen zu wollen. Der Botschaftsangehörige fragte hierauf Mr. Vine, ob angesichts dieser Befürchtung der amerikanischen Regierung der Zeitfaktor nicht eine besondere Rolle spiele. "Wie würde sich die amerikanische Regierung zu einer Assoziation der Neutralen stellen, nachdem Grossbritannien bereits tatsächlich Mitglied der EWG geworden ist? Würden dann nicht die von Mr. Vine gehegten Befürchtungen zur Gänze wegfallen?" Mr. Vine entgegnete hierauf, dass tatsächlich das Zeitelement bei den Überlegungen der amerikanischen Regierung eine gewisse, aber nicht die einzige und vielleicht auch nicht die ausschlaggebende Rolle spiele. Sobald Grossbritannien Vollmitglied der EWG geworden sei, würde sich die Lage tatsächlich anders darstellen, doch könne er zur Zeit noch nicht sagen, inwieweit dies die amerikanische Einstellung bezüglich der Assoziation der Neutralen ändern würde.

Den von Präsident Kennedy dem Kongress unterbreiteten Vorschlägen auf Ermächtigung, die Zölle weitgehend abbauen zu können, misst Mr. Vine allergrösste Bedeutung bei. Hiedurch können in reziproker Weise die Handelsschranken sowohl in den Vereinigten Staaten wie in den EWG-Staaten abgebaut werden und dies würde infolge der Meistbegünstigungsklausel auch allen dritten, ausserhalb der EWG verbleibenden Ländern, zugute kommen.

Der Botschaftsangehörige entgegnete hierauf, dass die Vorschläge Präsident Kennedy's, welche auf eine möglichst weitgehende weltweite Liberalisierung abzielen, zweifellos zu begrüßen seien. Für ein Land, das wie Österreich eine so enge wirtschaftliche Verknüpfung mit den EWG-Mitgliedern aufweist und dessen Exporte in erster Linie auf diese Märkte abgestellt sind, würden die amerikanischen handelspolitischen Vorschläge aber nicht genügen. Der Botschaftsangehörige kam dann auf das Zeitelement zu sprechen, welchem eine besondere Bedeutung zukommt. Selbst im allergünstigsten Fall (wenn nämlich der amerikanische Kongress den ihm von Präsident Kennedy unterbreiteten Gesetzentwurf annehme und hierauf die EWG-Staaten sich bereit erklären, auf die amerikanischen Vorschläge zur Eliminierung der Zölle bei den Warengruppen einzugehen, bei welchen die USA und die EWG den grössten Teil des Welthandels liefern), würde sich der Abbau dieser Zölle auf eine Periode von mindestens 6-10 Jahre stellen. Während dieser Zeit würde eine Diskriminierung des Exporte dritter Länder in die EWG-Staaten bestehen. Der Botschaftsangehörige erinnerte an die Worte von Lord Keynes, wonach "langfristige wirtschaftspolitische Lösungen wohl einen Idealfall darstellen, but in the long run we are all dead". Viele wichtige österreichische Exportzweige könnten eine langanhaltende Diskriminierung kaum auf sich nehmen und würde dies zweifellos zu einer erheblichen Schädigung der österreichischen Wirtschaft führen.

Mr. Vine erklärte, dieses Raisonement einzusehen, bezeichnete aber die Befürchtung des Botschaftsangehörigen als zu pessimistisch. Er glaube, dass die österreichische Wirtschaft ein gewisses Mass an Diskriminierung vertragen könne und wies vor allem darauf hin, dass die als Folge der Herstellung eines Gemeinsamen Marktes in den EWG-Staaten verspürbare wirtschaftliche Expansion auch die Exportmöglichkeiten für alle ausserhalb stehenden Länder erhöhen würde.

Mr. Vine erklärte zum Abschluss, dass er mit Absicht ganz deutlich gesprochen hätte, um keinerlei Missverständnisse über die

- 12 -

amerikanische Haltung in diesen Fragen aufkommen zu lassen. Er und alle anderen Beamten des State Department stehen im übrigen Österreich jederzeit für weitere zusätzliche Auskünfte und Informationen zur Verfügung. Er ersuchte dann aber eindringlich, seine Bemerkungen, welche - wie er weiss - vielfach den in Österreich geäußerten Ansichten diametral entgegengesetzt zu sein scheinen, nicht derart zu interpretieren, als ob die amerikanische Regierung Österreichs Probleme nicht richtig und nicht mit Sympathie beurteile. "Wir verfolgen und studieren Ihre Lage ganz besonders genau und widmen kaum einer Untersuchung der handels- und wirtschaftspolitischen Lage eines Landes so viel Zeit und Mühe wie im Falle Österreichs." Mr. Vine ersuchte zum Abschluss den Botschaftsangehörigen nochmals eindringlich, den Inhalt des über eine Stunde anhaltenden Gesprächs als strengst geheim ansehen zu wollen.